

3. Auswirkung der US-amerikanischen Zollpolitik im Kanton Zürich

Dringliche Interpellation Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach), Sibylle Marti (SP, Zürich), Christa Stünzi (GLP, Horgen), Donato Scognamiglio (EVP Freiensteintal), Judith Stofer (AL, Zürich) vom 7. April 2025

KR-Nr. 122/2025

Ratspräsident Jürg Sulser: Es beantwortet die dringliche Interpellation mündlich Regierungsrätin Carmen Walker Späh, welche ich recht herzlich bei uns begrüssen möchte.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Die dringliche Interpellation von Herrn Kantonsrat Thomas Forrer und Mitunterzeichnenden beantworte ich Ihnen im Auftrag der Regierung gemäss unserer Sitzung vom 16. April 2025 gerne wie folgt:

Zur Frage 1: Von den US-Zöllen betroffen sind jährliche Güterexporte in die USA im Wert von rund 2 Milliarden Schweizer Franken. Das entspricht rund 13 Prozent der gesamten Güterexporte, die von Zürcher Unternehmen getätigt werden. Über die Hälfte der Exporte in die USA machen die Warengruppen «Elektronik und Optik», «Maschinenbau» und «elektronische Ausrüstung» aus. Es sind also besonders Industrieunternehmen aus diesen Branchen mit einem Exportmarkt in den USA betroffen. Gemessen an der Wirtschaftsleistung des Kantons Zürich machen die Warenexporte in die USA rund 1,2 Prozent aus. Von den angekündigten Zöllen nicht direkt betroffen sind Unternehmen, die Dienstleistungen exportieren. Im Kanton Zürich trägt der Dienstleistungssektor mit 87 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei, die Industrie mit 13 Prozent.

Zur Frage 2: Die direkte Betroffenheit der Zürcher Wirtschaft durch die US-Zölle dürfte etwas geringer ausfallen als im Schweizer Durchschnitt. Erstens profitiert der Kanton Zürich von seiner diversifizierten Wirtschaft und der hohen Spezialisierung im Dienstleistungsbereich. Zweitens ist auch für die Industrieunternehmen die EU, die Europäische Union, die mit Abstand wichtigste Handelspartnerin. Rund 57 Prozent der Zürcher Warenexporte gehen in die EU. Die zunehmenden Handelsrestriktionen wirken sich aber auch indirekt auf die Zürcher Wirtschaft aus, vor allem über die EU. Sinkt dort die Nachfrage aufgrund der gestiegenen Zölle, hat das auch negative Auswirkungen auf die Zürcher Zulieferer. Sollte sich die Situation zudem zuspitzen und zu einem globalen Handelskrieg führen, besteht die Gefahr einer Rezession und einer anhaltenden Börsenturbulenz. Ein solches Szenario hätte auch negative Auswirkungen auf den für die Zürcher Wirtschaft wichtigen Dienstleistungs- und Finanzsektor. Gemäss Prognosen des Staatssekretariats für Wirtschaft dürfte eine Rezession in der Schweiz trotz US-Importzöllen sowie Gegenmassnahmen der Handelspartner vermieden werden können. Jedoch ist davon auszugehen, dass sich die konjunkturelle Schwächephase der letzten Jahre fortsetzen würde. Der Kanton Zürich dürfte von dieser Entwicklung in ähnlichem Ausmass betroffen sein.

Zur Frage 3: Der Regierungsrat beobachtet die Entwicklung mit Besorgnis. Er steht im Austausch mit den Unternehmen. Mit der Kurzarbeitsentschädigung steht ein Instrument zur Verfügung, das in Krisenzeiten kurzfristig stabilisierend wirken kann. Die unerwartet hohen Zölle können Kurzarbeitsentschädigungen rechtfertigen. Bei jedem Antrag wird einzeln geprüft, ob ein Zusammenhang mit den US-Zöllen gegeben ist. Mittelfristig gilt es, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Kanton Zürich zu erhalten und weiter zu stärken, etwa über eine Senkung der Gewinnsteuern. Mit der «Steuervorlage 17» haben Regierungsrat und Kantonsrat bereits eine massvolle Entlastung beschlossen, die Senkung der Gewinnsteuer von 7 Prozent auf 6 Prozent, dies auch als Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Zürcher Unternehmen. Zudem unterstützt der Regierungsrat den Wirtschaftsstandort Zürich mit verschiedenen Leuchtturmprojekten, zum Beispiel «Space und Aviation» im Innovationspark Zürich, dem Stiftungsstandort und dem KI-Standort Kanton Zürich. Der Regierungsrat ist auch überzeugt, dass sich eine innovationsoffene, zurückhaltende Regulierung positiv auf den Wirtschaftsstandort Zürich auswirkt.

Zur Frage 4: Das Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetz (SFUEG) wurde am 9. Juli 2024 von der Kommission für Wirtschaft und Abgaben mit Antrag auf Annahme an den Kantonsrat überwiesen. Derzeit liegt das Geschäft zur Beratung beim Kantonsrat. Mit dem Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetz ist beabsichtigt, im Rahmen der Standortförderung Massnahmen zur Stärkung und Bekanntmachung des Wirtschafts-, Forschungs- und Innovationsstandorts Zürich und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen sowie attraktive Standortfaktoren zu ermöglichen. Weiter ist dem sogenannten SFUEG vorgesehen, in wirtschaftlichen Krisenzeiten finanzielle Unterstützungsmassnahmen zu ermöglichen, sofern – und das ist die Bedingung –, sofern der Bund ein entsprechendes Programm mit einer kantonalen Beteiligung vorsieht.

Zur Frage 5: Die EU ist mit 57 Prozent Anteil an den Gesamtexporten mit Abstand die grösste Handelspartnerin des Kantons Zürich. Allein nach Deutschland wurden 2023 doppelt so viele Waren, 25 Prozent, exportiert wie in den USA mit 12 Prozent. Auch bei den Importzöllen sind die EU als Region mit 64 Prozent und Deutschland als Einzelstaat mit 29 Prozent absoluter Spitzenreiter. Die USA folgen an fünfter Stelle, 5 Prozent. Dies verdeutlicht die grosse Bedeutung der EU und insbesondere unseres Nachbarn für die Zürcher Wirtschaft. Eine Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen zur EU liegt deshalb, unabhängig der aktuellen US-Zollpolitik, im wirtschaftlichen Interesse des Kantons Zürich.

Zur Frage 6: Die Aussenpolitik ist gemäss Bundesverfassung grundsätzlich Aufgabe des Bundes. Die Kantone können jedoch an aussenpolitischen Entscheidungen mitwirken, die ihre Zuständigkeiten oder ihre wesentlichen Interessen betreffen, siehe Artikel 55 der Bundesverfassung. Der Kanton Zürich hat sich in seinen Stellungnahmen regelmässig zur Bedeutung von vertraglich abgesicherten Beziehungen mit der EU und einem langfristigen und stabilen Verhältnis zu unserem direkten Nachbarn und mit Abstand wichtigsten Handelspartner bekannt, namentlich mit dem Ziel der Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen mit

der EU. Im aktuellen Kontext der grossen geopolitischen Unsicherheit ist eine stabile Wirtschafts- und Handelsbeziehung mit der EU im Hinblick auf die Planungssicherheit für die Unternehmen von besonderer Bedeutung. Der Regierungsrat wird sich sowohl auf Bundesebene als auch im Dialog mit unseren Nachbarn dafür einsetzen. Besten Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Ich möchte der Volkswirtschaftsdirektorin für die Beantwortung der Fragen danken. Es gab darin einige klare Positionierungen. Besonders wichtig für uns ist – und das haben wir gerade am Schluss gehört – die Aussage der Volkswirtschaftsdirektorin, dass die Zürcher Regierung alles daran setzt, Stabilität für die Zürcher Wirtschaft und für die exportorientierten Branchen zu erreichen und selbstverständlich – das haben wir gehört – die Beziehungen zu unseren Nachbarländern, insbesondere zur EU, in diesen schwierigen und wirtschaftlich unsicheren Zeiten zu vertiefen, damit die Planungssicherheit für die Zürcher Wirtschaft weiterhin gewährleistet ist.

Es ist ja zu betonen, dass die Lage angesichts des amerikanischen Zollhammers weiterhin sehr angespannt ist. Und dass die Volkswirtschaftsdirektion in höchster Bereitschaft sein muss, um den Austausch mit den stark exportabhängigen Firmen zu suchen und allenfalls auch heute – und wir haben ein bisschen was davon gehört – Überbrückungsszenarien zu entwickeln, damit die exportorientierten Branchen ihre Abhängigkeit vom amerikanischen Markt, und vor allem vor den Verwerfungen dort, reduzieren können. Dass der amerikanische Präsident (*Donald Trump*) die Zölle auf Schweizer Güter für die nächsten drei Monate von 31 wieder auf 10 Prozent gesetzt hat, macht nämlich gegenwärtig diese Situation nicht besser. Erstens galten davor für die meisten Produkte des Freihandels keine Zölle. Zweitens verursacht das Hoch und Runter der Zölle Instabilität und verhindert so jede mittel- und langfristige Planung auf Seite der exportorientierten Zürcher Unternehmen. Drittens, die US-Regierung ist absolut unberechenbar geworden, und entsprechend unverlässlich sind die USA als Handelspartner. Angesichts dieser Willkür – und das ist der dritte Punkt gerade für die Trump- und Putin-Versteher (*Wladimir Putin, russischer Präsident*) auf der rechten Seite im Rat – ist jeder Verstehensversuch einer solchen Politik einfach nur lächerlich, denn Willkür bleibt Willkür und auf einer willkürlichen Basis kann man nicht wirtschaften.

So stieg, wie auch die Volkswirtschaftsdirektion in ihrem jüngsten Monitoring vom April schrieb, der World Uncertainty Index, der Weltunsicherheitsindex, auf ein Höchstniveau, wie es zuletzt während der Corona-Pandemie (*Covid-19-Pandemie*) erreicht worden ist. Wenn Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundesrat Guy Parmelin den Gang nach Canossa ins Weisse Haus angetreten sind, dann tun sie zwar richtig damit, denn man sollte die Möglichkeit, den grössten Schaden abzuwenden, auf jeden Fall nicht unversucht lassen. Aber genauso müsste sich der Bundesrat in Washington verstärkt für schweizerische Werte, Demokratie, Gewaltentrennung und Einhaltung der Grundrechte gegenüber der Trump-Regierung einsetzen.

Bedeutend wichtiger aber ist es, statt Trump zu beschwichtigen, sich um verlässliche Handelsbeziehungen zu kümmern, und die führen halt gegenwärtig nicht über den Atlantik, sondern über die Landesgrenze, wir haben es gehört von Frau Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh. Sie führen über die Landesgrenze nach Europa. Zürcher Unternehmen, wir haben es auch gehört, exportieren jährlich Güter im Umfang von rund 2 Milliarden Schweizer Franken in die USA, das sind 13 Prozent der Gesamtexporte. Der mit Abstand wichtigste Handelspartner für Warenexporte ist und bleibt aber die EU, insbesondere Deutschland. Ebenfalls haben wir es gehört, rund 57 Prozent der Zürcher Warenexporte gehen in die EU. Auch wenn die EU selbst von der Trumpschen Zollwillkür betroffen ist, so sind die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen des Kantons Zürich in die europäischen Länder weiter auszubauen, damit wir für Stabilität sorgen können. In seinem Bericht auf das Postulat 381/2021, bei dem es um die Roundtable-Gespräche der Zürcher Regierung im Zusammenhang mit der EU geht, hat der Regierungsrat die Rolle der Kantone und den Einbezug des Kantons im Zusammenhang mit der EU-Politik des Bundes ausgeführt. Im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen und im Rahmen des institutionalisierten Europadialogs mit dem Bund stehen dem Regierungsrat mehrere Möglichkeiten offen, sich für stabile und erweiterte Handelsbeziehungen mit unseren europäischen Nachbarn einzubringen.

Wir erwarten jetzt von der Regierung – und ich bin froh, dass sich Frau Carmen Walker Späh auch dahingehend geäußert hat – eine erhöhte Wachsamkeit und eine erhöhte Wirksamkeit. Und das heisst, erstens, intensiver Dialog insbesondere mit den exportorientierten Branchen im Kanton Zürich und ein Monitoring dieser Branchen, die bis anhin viel in die USA exportiert haben. Zweitens erwarten wir in der Hinterhand Massnahmenpläne für diese Branchen, sollten sehr grosse Verwerfungen tatsächlich eintreten. Drittens erwarten wir eine mittelfristige Neuausrichtung gewisser Handelsbeziehungen, insbesondere in die EU, um sich eine Unabhängigkeit gegenüber der Trumpschen Willkür zu erarbeiten, und viertens, wie gesagt, grundsätzlich eine Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zur Europäischen Union und über die Konferenz der Kantonsregierungen und über den Europa-Dialog mit dem Bund. Schliesslich aber können diese Verhandlungen und diese Beziehungen auch direkt vertieft werden mit unseren europäischen Nachbarländern und besonders auch mit den Nachbarregionen Baden-Württemberg und Bayern. Ich bin der Volkswirtschaftsdirektorin dankbar, wenn sie weiterhin in diese Richtung arbeitet.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Was wir heute diskutieren, ist weniger eine dringliche Interpellation als ein Beispiel für einen linken Hyperaktionismus, eine Schnappatmung. Noch bevor die Tinte auf dem Papier trocken war, hatte sich die Faktenlage schon wieder verändert. Das Ganze ist auch ein Ausdruck eines tiefsitzenden Trump-Komplexes. Kaum kündigt Trump etwas an, verlieren gewisse Parteipräsidenten und Politiker hierzulande jede politische Contenance. Vielleicht

wäre es klüger gewesen, sich um einen Platz in der SRF-Sendung (*Schweizer Radio und Fernsehen*) «Arena» zu bemühen. Am letzten Freitag wurde das Thema, gefühlt zum vierten Mal, breit diskutiert. Anstelle der Interpellation hätte man auch heute Morgen den «Blick»-Artikel lesen können, welche Kantone stark in die USA exportieren, welche weniger, detailliert mit allen Prozentangaben.

Wir anerkennen selbstverständlich die ehrliche Sorge um die exportierenden Unternehmen im Kanton Zürich. Aber anstatt hektische politische Forderungen zu stellen, setzen wir auf konstruktive Lösungen, so wie das die Frau Regierungsrätin angesprochen hat. Eine wirksame Massnahme wäre es, am 18. Mai die Unternehmenssteuer zu senken und eine reale Entlastung für die Unternehmungen zu schaffen. Mit dieser Steuersenkung könnten die Zürcher Firmen die angekündigten 10 Prozent Importsteuer besser abfedern. Und liebe Linke, auf unserem Abstimmungsflyer zur Steuerreform – ich habe extra nachgeschaut – hätte es sogar noch Platz für Ihr Logo.

Mit der impliziten Forderung der Interpellanten, sich noch näher an die EU zu binden, können wir von der SVP nichts anfangen. Die Schweiz erzielt im Handel mit den USA einen deutlichen Überschuss, während sie im Handel mit der EU ein jährliches Handelsdefizit von über 38 Milliarden Franken aufweist. Die EU profitiert von uns als drittwichtigstem Handelspartner der EU massiv, und trotzdem drängt die EU auf ein institutionelles Rahmenabkommen, um die Schweiz politisch anzubinden. Wenn sie nicht bekommt, was sie will, setzt sie auf Druckmittel à la Trump: Entzug der Börsenequivalenz, Ausschluss aus «Horizon» (*Forschungsprogramm «Horizon Europe»*) und so weiter. Daran sollten wir uns erinnern, bevor wir leichtfertig unsere Freiheit aus der Hand geben. Und wer jetzt ernsthaft daran denkt, wegen ein paar Zollschränken die Unabhängigkeit der Schweiz an die EU zu verkaufen, sollte sich fragen, auf welcher Seite er wirklich steht. Präsident Trump ist, ob man ihn mag oder nicht, bald wieder Geschichte. Unsere Freiheit ist es nicht. Bleiben wir souverän, bleiben wir unabhängig und bleiben wir frei.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Das Wichtigste für eine florierende Wirtschaft sind Sicherheit, Verlässlichkeit und Vertrauen, und genau diese Dinge sind im Moment mit der Trump-Regierung nicht mehr gegeben. Sie ist autoritär und sie missachtet Grundvoraussetzungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und internationaler Ordnung. Statt einer liberalen wirtschaftlichen Ordnung produziert die Trump-Regierung Chaos, Unberechenbarkeit und Willkür im eigenen Land, aber mit der Verhängung von Zöllen eben auch mit gravierenden Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und damit für uns alle. Unberechenbarkeit, Willkür und Chaos sind aber Gift für eine florierende Wirtschaft und auch für die Sicherheit von Aufträgen und Arbeitsplätzen. Die Antwort der offiziellen Schweiz, die Antwort von FDP-Bundespräsidentin Karin Keller Sutter, die sagt, man müsse sich jetzt innerhalb dieser neuen Spielregeln wahrscheinlich irgendwie arrangieren, diese Haltung taugt leider aus mindestens zwei Gründen nicht: Erstens gibt es eben gar

keine Spielregeln mehr, mit denen man sich arrangieren könnte, weil die Zollpolitik der Trump-Regierung ja zeigt, dass die regelbasierte internationale Wirtschaftsordnung nicht mehr gegeben ist. Und zweitens überschätzen Karin Keller-Sutter und auch SVP-Wirtschaftsminister Guy Parmelin wohl die Verhandlungsmacht der Schweiz.

Einer autoritären Regierung wie der Regierung Trump kann man nicht trauen, weil eben morgen schon wieder alles anders sein kann, weil an einem Tag die Zölle 31 Prozent betragen und am nächsten Tag werden sie dann ausgesetzt. Dann werden sie dann aber doch eingeführt, aber vorerst zu einem tieferen Satz, und man weiss nicht, wie es weitergeht. Wir alle wissen nicht, wie es weitergeht. Nun, was kann und soll die Schweiz – und in unserem Fall natürlich besonders wichtig, der Kanton Zürich – in dieser Situation tun? In einer Zeit, in der das mächtigste Land der Welt die Welt mit Willkür, Unberechenbarkeit und Chaos fundamental verunsichert, müssen wir in Zürich und müssen wir in der Schweiz die Beziehungen zu Partnerinnen ausbauen und vertiefen, die unsere Haltung teilen und wie wir klar für die Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und internationaler Ordnung eintreten.

Und konkret heisst das eben, dass wir noch enger mit unseren europäischen Partnerinnen zusammenarbeiten müssen, und zwar insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, aber auch im Hinblick auf Forschung und Entwicklung und Innovation. Ich bin sehr froh, dass die Regierung des Kantons Zürich die Beziehungen zur EU als ebenso wichtig erachtet wie wir und diese eben auch stabilisieren und vertiefen will. Denn nur mit stabilen und vertrauensvollen Beziehungen zu unseren europäischen Partnerinnen wird es für uns alle hier in Zürich und in der Schweiz mittel- und langfristig Sicherheit und damit eben auch wirtschaftlichen Wohlstand geben. Ich bin auch sehr froh, dass wir gehört haben, dass die Regierung die Lage beobachtet, dass sie sie ernst nimmt, dass sie im Austausch mit den Unternehmen insbesondere aus der Exportwirtschaft ist, die eben besonders betroffen sind von diesen Zöllen. Aber auch hier ist es wichtig, was die Volkswirtschaftsdirektorin gesagt hat: Der mit Abstand wichtigste Handelspartner für unsere Exportwirtschaft, für die Elektronik und den Maschinenbau, die von den Zöllen besonders betroffen sind, ist die EU und ist vor allem auch Deutschland. Und deshalb müssen wir vor allem auch hier auf diese Beziehungen setzen. Ich bin auch froh, dass die Regierung Instrumente wie die Kurzarbeitsentschädigung ins Auge fasst und auch bereits Vorkehrungen trifft und genau beobachtet, was weiterhin passiert.

Nun, was wir natürlich anders sehen als die Regierung, ist die Frage, wie man denn zu einem attraktiven Standort wird. Ganz sicher nicht mit einer Senkung der Unternehmensgewinnsteuer, von der in erster Linie ausländische Grossaktionäre profitieren werden. Eine attraktive Standortpolitik setzt auf Rechtsstaatlichkeit, die eben auch erwiesenermassen einer der wichtigsten Standortfaktoren ist. Sie setzt auf eine gute Infrastruktur und auf einen guten Service public, und das bedingt Investitionen in Bildung, Forschung, Gesundheit, öffentlichen Verkehr und so weiter. Wie die Abstimmung über die Steuervorlage ausgehen wird, sehen wir am 18. Mai. Wir sind zuversichtlich, dass wir sie gewinnen werden. Was wir aber

vom Regierungsrat in dieser Zeit konkret erwarten, ist, dass er sich als Vertretung des wichtigsten Kantons der Schweiz und des Wirtschaftsmotors der Schweiz in Bundesbern dafür einsetzt, dass wir die Beziehungen zu unseren europäischen Partnerinnen stärken können, denn das ist zentral für die Schweiz und auch für den Kanton Zürich. Es ist jetzt nicht die Zeit für irgendwelche Anbiederungen über den Atlantik, sondern es ist die Zeit, zusammen mit verlässlichen Partnerinnen gegenüber der autoritären Trump-Regierung Haltung zu zeigen. Geschätzte Volkswirtschaftsdirektorin, geschätzter Regierungsrat, tun Sie das bitte in Zürich und tun Sie das auch in Bundesbern. Vielen Dank.

Mario Senn (FDP, Adliswil): Die FDP-Fraktion dankt der Regierung für die Antworten auf diese Interpellation. Ja, die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, auch auf Importe aus der Schweiz willkürlich hohe Zölle einzuführen, hat zu Recht grosse Aufregung verursacht. Produkte aus der Schweiz werden für die Amerikaner auf einen Schlag merklich teurer, das stimmt, wenn sie direkt exportiert werden, aber auch indirekt als Zulieferer über andere Staaten. Selbstverständlich schwächt dies die Wettbewerbsposition derjenigen Zürcher Unternehmen, die in die Vereinigten Staaten exportieren oder dies möchten. Die Zölle schwächen so die Wertschöpfung in unserem Wohlstand. Offensichtlich wurde nun vielen, auch solchen, die sonst bei jeder Gelegenheit gegen Globalisierung schimpfen, klar, wie wichtig internationaler Handel ist. Freihandel schafft Wohlstand, für uns Liberale war das schon immer klar.

Umso mehr wundern wir uns jetzt etwas über die Linke, die sich nun sehr empört über die Zollentscheidung aus Übersee gibt und sich urplötzlich Sorgen um Zürcher Unternehmen macht. Zum einen haben Sie sich in den letzten Jahren eigentlich immer gegen neue Freihandelsabkommen und damit gegen eine Diversifizierung unserer Handelsbeziehungen gewehrt. Wenn es Donald Trump gebraucht hat, um aus Ihnen nun überzeugte Anhänger eines freien Warenverkehrs zu machen, so hat seine Präsidentschaft mindestens mal etwas Gutes. Zum anderen sind Sie jeweils an vorderster Front dabei, wenn es darum geht, die Rahmenbedingungen zu verschlechtern. Höhere Lohnabgaben für die AHV oder für neue Sozialleistungen, wie einen Familienurlaub, teure und ineffiziente Klimaregulierungen und so weiter, auch solche Vorschläge verteuern die Schweizer Produktion und wirken daher gleich wie die US-Zölle. Sie positionieren sich auch konsequent gegen den Flughafen. Exporte in die USA, um die Sie sich nun sorgen, erfolgen nun aber mal nicht mit dem Lastenvelo. Und gleichzeitig lehnen Sie Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen ab. Sie bekämpfen nur schon die minimale Reduktion der Unternehmenssteuerlast, über die wir am 18. Mai abstimmen, mit löblicher Ausnahme der GLP. Stattdessen schimpfen Sie gegen böse Konzerne, welche die einzigen Nutzniesser dieser Steuervorlage sein sollen – kurzfristig. Zürcher Unternehmen, die sich im US-Markt durchsetzen, sind hochkompetitiv, profitabel, gehören zu den guten Steuerzahlern und würden deshalb mit der Steuervorlage etwas entlastet. Sie haben diese Interpellation dringlich erklärt.

Dringlich wäre, dass Sie sich endlich für die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit des Kantons einsetzen und Ihre Klassenkampf-Rhetorik einstellen.

Die Interpellanten wollen bei Frage 3 wissen, welche Instrumente der Kanton Zürich zur Verfügung hat, um sich für betroffene Unternehmen einzusetzen. Es ist simpel: Jetzt ist wirtschaftspolitische Kompetenz gefragt und nicht operative Hektik, die nun insbesondere jene an den Tag legen, die sonst gerne die Bedeutung guter Rahmenbedingungen für die Wirtschaft kleinreden. Wir müssen unsere Hausaufgaben machen. Wenn sich die Preise unserer Produkte im Ausland erhöhen, müssen wir besser werden, neue Handelsmöglichkeiten erschliessen und hier bei uns Kosten reduzieren. Das schaffen wir zum Beispiel mit einem Ja zur Steuervorlage am 18. Mai, der Reduktion von bürokratischen Auflagen, was auch Innovation ermöglicht, der Abschaffung von Subventionen und Zöllen, der Erschliessung neuer Märkte mit Freihandelsabkommen wie beispielsweise ASEAN (*Verband Südostasiatischer Nationen*), Mercosur (*regionaler Zusammenschluss fünf südamerikanischer Staaten*) oder Indien. Und ja, auch die Sicherung des bilateralen Weges mit der EU gehört dazu, wobei man jetzt schon sagen muss: In der Vergangenheit war die EU auch kein Musterknabe, wenn es um das Thema Willkür ging, Stichwort «Börsenäquivalenz».

Aber so geben wir unserer Wirtschaft die richtige Basis, um bestmöglich mit der Verschlechterung des wirtschaftlichen Klimas umgehen zu können. Was es hingegen nicht braucht, ist planwirtschaftliche Industriepolitik, mit der ausgewählte Unternehmen und Branchen willkürlich unterstützt werden. Die willkürliche Unterstützung einzelner Unternehmen, wie sie in Fragen 3 und 4 anklingt, ist keine nachhaltige Standortpolitik, weder aus dem SFUEG noch über einen Innovations- oder Staatsfonds. Wir müssen allen Unternehmen gute Rahmenbedingungen bieten, nicht nur den Betroffenen. Mit anderen Worten: Wir brauchen gute Rahmenbedingungen für alle statt für wenige. Es braucht nun mit Blick auf die weltwirtschaftlichen Verwerfungen erst recht eine vernünftige, auf gute Rahmenbedingungen ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Wohin Schnellschüsse und Interventionismus führen, sehen wir auf der anderen Seite des Atlantiks, und wir sind froh, dass die Regierung das ebenfalls so sieht.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Als Mitunterzeichnende dieser dringlichen Interpellation möchte ich erst einmal herzlich danken für die Antworten. Es war für uns wichtig, in diesen unsicheren Zeiten schnell Antworten für Betroffene zu erhalten, und diese Antworten durften wir heute mündlich von Ihnen erfahren. Wir von der Grünliberalen Fraktion sind dankbar für die klaren Antworten und Haltungen der Regierung. Wir freuen uns, dass die Regierung die Stabilität für die Wirtschaft als zentral erachtet. Wir sind erfreut, dass der Regierungsrat unsere Unternehmen und die KMU als wichtig ansieht und sich deshalb um sie sorgt, jedoch von hektischen Handlungen absieht und sorgsam die Situation beobachtet. In diesem Zusammenhang haben wir uns besonders über die Ausführung zur Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und unseren europäischen Partnern gefreut. Das Bekenntnis der Regierung zur Wichtigkeit unserer

Beziehungen zu Europa finden wir hier und heute besonders wichtig. Wir sind gefordert, diesen Beziehungen Sorge zu tragen, und haben dies auch in der Vergangenheit immer schon gefordert. Wir dürfen hier diese Beziehungspflege nicht einfach nur dem Bund überlassen, sondern müssen uns als Kanton Zürich der Besonderheit dieser Beziehung für den Wirtschaftsstandort stetig bewusst sein und sie selbstständig pflegen. Dieses klare Bekenntnis hat uns deshalb besonders gefreut.

Die Stabilität und Sicherheit unserer Unternehmen ist extrem wichtig und die Antworten zeigen, dass die Wirtschaft uns alle immer wieder braucht. Es war für mich eine besondere Freude, diese Interpellation zusammen mit der Ratslinken unterschreiben zu dürfen und damit vielleicht auch eine kleine Anerkennung der Ratslinken zu erhalten, dass die Wirtschaft für den Kanton Zürich eben doch sehr zentral ist und wir deshalb der Wirtschaft Sorge tragen müssen. Ich hätte mich aber auch gefreut, wenn die SVP heute Morgen anerkannt hätte, dass die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern genauso wichtig ist für den Kanton Zürich. Für einmal muss ich heute Morgen zugeben: Alle Wünsche können nicht in Erfüllung gehen, aber ich darf weiterhin hoffen. In diesen unsicheren Zeiten sind wir es den Unternehmen schuldig, ihnen Sorge zu tragen. Dazu gehört eben nicht nur, darauf zu achten, dass die Rahmenbedingungen gut ausgestaltet sind – wir haben es heute schon mehrfach gehört, «Unternehmenssteuerreform» ist hier aktuell das Schlagwort –, sondern dazu gehört eben auch, in unsicheren Zeiten Pläne zu haben, nicht hektisch zu werden, aber, wenn notwendig, zu handeln. Wir danken dem Regierungsrat für die klare Haltung und für die Zusage, dass die europäische Zusammenarbeit des Kantons Zürich eigenständig gefördert wird.

Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil): Für uns ist die Interpellation am falschen Ort platziert. Zoll- und Handelspolitik sind Bundes- und nicht Kantonsaufgabe. Zudem ist ja noch gar nicht bekannt, wie hoch die Zölle für welche Branchen genau sein werden. Klar ist jedoch, dass unsere Maschinen- und Metallindustrie wahrscheinlich stark betroffen sein wird. Bezüglich Handels- und Aussenpolitik könnte man doch via Bundesparlamentarier eine Anfrage oder sonst einen Vorstoss in Bern einreichen. Was uns sowohl die politische Lage in den USA unter dem unberechenbaren Präsidenten als auch die allgemeine geopolitische Lage zeigen, ist, dass wir den Fokus auf unsere Unternehmen setzen und diese stärken müssen. Wir müssen in der Schweiz oder eben im Kanton Zürich die Rahmenbedingungen so setzen, dass unsere Unternehmen die bestmögliche Ausgangslage haben, sowohl national als auch international zu wirtschaften und sich zu entwickeln. Dafür gibt es verschiedene Stellschrauben, woran wir drehen können, beispielsweise, indem wir Forschung und Innovation stärken, unsere Infrastruktur aufrechterhalten und gezielt Fachkräfte anziehen. Das ermöglicht uns, als Wirtschaftsstandort attraktiv zu sein und zu bleiben. Zudem hilft ein effektives Standortmarketing, diese Message weiterzuverbreiten. Die naheliegendste Stellschraube ist sicherlich, dass wir am 18. Mai ein Ja zur Steuervorlage an der Urne

einlegen und so den Wirtschaftsstandort Zürich effektiv stärken und auch fördern. Besten Dank.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Ich empöre mich nicht, denn Präsidenten kommen und gehen und es ist eine Frage der Zeit, dann haben wir wieder andere Konstellationen. Aber die Frage ist einfach, was wir in diesem Umfeld machen, das im Interesse des gesamten Kantons ist. Und hier möchte ich mich zuerst einmal für die Antworten bedanken. Ich bin froh, ist der Kanton Zürich diversifiziert, ich bin echt froh für den Kanton. Es gibt andere Kantone, die viel stärker exponiert sind mit der Uhren- oder Pharmaindustrie, und zum Glück haben wir eine hohe Diversifikation. Ich möchte einfach ein paar Sachen erwähnen.

Ich glaube, es ist ein Vorteil, dass wir bei der Wahrheit bleiben, und das gilt auch für mich persönlich. Wenn der Golf von Mexiko dann nicht mehr «Golf von Mexiko» heisst, sondern «Golf von Amerika», wenn der Kanton Schaffhausen plötzlich «Kanton Zürich» heissen würde, dann wäre das ultraschlecht. Im Kanton Zürich wissen wir, wie wir fahren, wir wissen, wann wir anhalten, wir wissen, welche Regeln gelten. Und schauen Sie, was passiert, wenn Unsicherheit herrscht. Wohin fliehen die Leute? Sie fliehen ins Gold, sie fliehen in den Schweizer Franken und sie fliehen vor allem ins Betongold (*gemeint sind Immobilien*). Und ich möchte auch auf ein paar Kollateralschäden hinweisen, die Sie bereits bezahlt haben, über die wir aber nicht gesprochen haben, nämlich den Aktiencrash. Ich weiss nicht, ob Sie das gemerkt haben. Wenn nicht, will ich Sie jetzt nicht stressen, aber ich sage Ihnen: Auch hier auf der linken Seite haben Sie ganz viel Geld verloren. Auch Sie im Kantonsrat haben bei der BVK (*Versicherungskasse für das Staatspersonal*) Milliarden verloren. Wir haben Milliarden in den Sand gesetzt durch diese Entscheidung. Sie haben sicher 5 bis 10 Prozent verloren, wir alle.

Dann ein zweiter Punkt: der starke Schweizer Franken. Wissen Sie, was das heisst, wenn Sie exportieren und eine Maschine verkaufen, und Sie haben die für 100 Dollar verkaufen können und Sie hatten mal eine Rechnung gestellt für 100 Dollar. Und jetzt müssen Sie eine Rechnung stellen für 120 Dollar, nicht wegen der Zölle, sondern wegen des Wechselkurses, dann haben wir das schon. Also wir haben alle Kollateralschäden bei der Vorsorge, wir haben Kollateralschäden beim Schweizer Franken. Und jetzt kommt es noch besser, wir werden vielleicht schon bald wieder Negativzinsen haben. Wissen Sie, was das ist? Dann gehen Sie zu einer Bank, bringen 100 Franken und laufen mit 99 Franken wieder raus. Dem haben wir früher «Stehlen» gesagt. Ich bin selber Präsident einer Bank. Das werden wir alle bezahlen.

Also, worauf will ich hinaus? Wir können jetzt hier über Prozentsätze sprechen, wir zahlen schon jetzt die Unsicherheit. Und daher ist einfach mein Appell an Sie und an mich selber: Bleiben wir bei der Wahrheit, nennen wir die Sachen beim Namen und schauen wir, dass wir stabil bleiben.

Ich wollte eigentlich nicht über die Steuervorlage sprechen. Es war so offensichtlich, dass das jetzt kommen wird. Ich möchte Sie auch dort einfach bitten: Rechnen Sie mal aus, wie viele KMU wie viele Steuern bezahlen. Und wenn Sie als Grosskonzern sagen «ich will weniger Steuern bezahlen», dann habe ich kein Problem damit. Aber sagen Sie mir nicht, dass der Schreiner in Embrach, der ohnehin keine Steuern zahlt, jetzt auswandern wird, und dies habe noch einen Zusammenhang mit Herrn Trump. Nein, da, sage ich, irren wir uns. Sie wissen ja, sein Name ist Programm. «Sich irren» heisst auf Berndeutsch «du hesch di trumpiert». Wir irren uns hier und das ist nicht eigentlich der Grund, jetzt über die Steuern zu sprechen. Wir müssen schauen, dass der Kanton Zürich weiter attraktiv bleibt, dass er diversifiziert ist. Und übrigens, wie erwähnt: Die Rechnung, die zahlen wir schon heute bei der Vorsorge, beim starken Schweizer Franken und hoffentlich nicht schon bald mit Negativzinsen.

Aber ich möchte am Schluss trotzdem noch sagen: Danke für die Antworten. Ich denke auch, die Fragen waren legitim. Wissen Sie, ich habe hier schon über kastrierte Katzen sprechen dürfen – nichts jetzt gegen kastrierte Katzen –, da scheint es mir schon angebracht, von der Regierung wissen zu wollen, was sie über die neue Situation denkt, im Interesse der KMU, wirklich der KMU im Kanton Zürich. Von daher, Danke für die Antworten, aber auch Danke für die spannenden Fragen.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Ja, ich verstehe die Empörung auch nicht ganz. Also die Fragen in der Interpellation waren empörungsfrei gestellt. Sie können die Interpellation lesen, sie ist ganz trocken gehalten, ohne Empörung. Es geht darum, Fakten zu erhalten, wie es um den Kanton Zürich steht, wenn irgendein amerikanischer Präsident irgendeine Laune hat und Zölle erhebt, ob das eventuell auch Auswirkungen auf die Wirtschaft im Kanton Zürich hat. Und ich danke Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh auch für die klaren Antworten. Wir wissen jetzt: Die EU ist ein wichtiger Handelspartner. Und die Zürcher Regierung weiss auch, dass die Aussenpolitik eine Bundesangelegenheit ist und dort auch gut aufgehoben ist und es nicht am Kanton Zürich ist, Aussenpolitik zu machen. Und das andere, was wir auch erfahren haben, ist, dass der Kanton Zürich sehr diversifiziert ist, also dass er wirtschaftlich sehr breit und gut und divers aufgestellt ist. Vielen herzlichen Dank für die Grundlagen, die Sie gebracht haben. Und dann möchte ich aber doch noch etwas sagen, und zwar zur Gewinnsteuersenkung. Das verstehe ich wirklich nicht ganz, was diese jetzt mit diesem ganzen Fragenkatalog zu tun hat. Denn es geht nur um einige internationale Grosskonzerne, die von der Gewinnsteuersenkung profitieren. Es ist so. Die Fakten sprechen eine ganz klare Sprache. Es geht nicht um Ideologie. Dies hat in diesem Kontext wirklich gar keinen Hintergrund. Besten Dank.

Markus Bopp (SVP, Otelfingen): Unerwartet kommt es jetzt heute Morgen zu einer EU-Debatte. Es ist sehr interessant, wie sich das anhört, ich möchte dazu auch einen Beitrag liefern.

Vorausgeschickt: Die SVP ist auch für gute Beziehungen mit der EU und mit Europa, aber wir möchten Beziehungen auf Augenhöhe. Wir möchten gleichberechtigt dastehen. Und jetzt bringe ich Ihnen ein Beispiel von der WAK-Reise (*Kommission für Wirtschaft und Abgaben*) nach Stuttgart. Die WAK war in Stuttgart, und wir haben dort auch über die Aussenpolitik und die Beziehungen zur EU et cetera gesprochen, nämlich auch mit dem Botschafter der Schweiz in Baden-Württemberg. Und er hat uns erklärt, dass Baden-Württemberg 1 Milliarde mehr in die Schweiz exportiert, als die Schweiz nach Baden-Württemberg exportiert. Das heisst, die Baden-Württemberger sind mindestens so froh, dass sie in die Schweiz exportieren dürfen, wie wir nach Baden-Württemberg. Und Tobias Weidmann hat es zuvor auch gesagt: Auch das gesamte Handelsbilanzsystem der EU zur Schweiz ist ungefähr ausgeglichen – mit der Tendenz, dass eher mehr Güter von der EU in die Schweiz exportiert werden als umgekehrt. Sie haben das alle auch nachlesen können, so wie ich auch.

Nun ist es aber so: Sie wollen Verträge unterschreiben, für die wir 300 Millionen Franken Marktzugang bezahlen müssen. Und dann frage ich mich als Nicht-Volkswirtschaftler: Wieso müssen wir 300 Millionen bezahlen, wenn ja unser Partner mehr in die Schweiz exportiert als die Schweiz zu ihm? Und ich habe diese Frage auch Politikern in Deutschland gestellt. Natürlich habe ich keine schlüssige Antwort darauf erhalten. Das Wort «Solidarität» ist irgendwie gefallen, aber das reicht mir irgendwie nicht, und uns als SVP reicht das nicht als Argument. Also, ich wäre sehr interessiert, wenn Sie – auch meine Kollegen auf der rechten Seite, die FDP, die diese Verträge ebenfalls unterzeichnen möchten –, wenn Sie darauf eine Antwort geben würden. Wieso müssen wir bezahlen, ohne dass wir mehr profitieren als unsere Partner? Das wäre eine spannende Frage. Und eigentlich sind wir hier das Kantonsparlament. Ich wollte das jetzt hier nicht anzetteln, aber Sie haben diese EU-Debatte lanciert, und deshalb habe ich für das Protokoll diese Frage gerne mal in den Raum gestellt. Besten Dank.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Meine Interessenbindung dürfte mittlerweile bekannt sein: Ich arbeite beim Schweizerischen Gewerbeverband und wir sind natürlich intensiv an der Beobachtung dieser Entwicklung. Rund ein Drittel der KMU haben substanzielle wirtschaftliche Beziehungen, Exporte ins Ausland, darunter auch in die USA, die Branchen sind Edelmetalle, Uhren, Medizin, Messtechnik, mechanische Geräte, elektrische Maschinen, Chemikalien, Kunststoffe et cetera.

Nun aber zur Thematik: Die Ankündigung des US-Präsidenten, Schweizer Exporte in Zukunft mit Zöllen von 31 Prozent zu belegen, erscheint rational nicht nachvollziehbar. Doch Wehklagen bringt hier nichts und auch die Kritik an Donald Trump bringt uns hier nichts. Es ist jetzt, wie es ist, und wir müssen damit umgehen und unsere Hausaufgaben machen. Diese bestehen eben aus mehreren Massnahmen, die zum Teil schon genannt wurden.

Die Intensivierung der Handelsdiplomatie ist Bundesangelegenheit, der Kanton Zürich kann hier vielleicht im kleinen Rahmen einen Beitrag leisten. Dann, zweitens, Verzicht auf handelspolitische Gegenmassnahmen: Es wäre jetzt schlecht, zu sagen, wir wären einfach zu klein und zu schwach. Das müssen wir eingestehen. Drittens – und das ist auch von Mario Senn gesagt worden –, der rasche Abschluss weiterer Freihandelsabkommen: Letztes Jahr gelang dies mit Indien. Im laufenden Jahr stehen solche mit den Mercosur-Staaten und mit Malaysia auf der Traktandenliste. Gerade vor zehn Tagen waren unsere Leute vom Gewerbeverband in Malaysia, es stehen Japan und China, es steht eine Diversifizierung an. Und dann bitte keine Referenden ergreifen und Diskussionen führen, wie wir sie *(beim Freihandelsabkommen)* mit Indonesien hatten! Viertens, die Klärung der Wirtschaftsbeziehungen: Die FDP, Markus Bopp, hat noch keinen Beschluss gefasst, die Diskussionen laufen. Und fünftens – das fehlt mir jetzt etwas in dieser Debatte heute Morgen – wäre jetzt die Chance für ein Revitalisierungsprogramm, ein Reformprogramm. Da kann man bei verschiedenen Punkten ansetzen: administrative Vorschriften, Bürokratie, aber auch Entschlackung des Arbeitsrechtes; natürlich, das ist auf Bundesebene, aber es wäre jetzt die Gelegenheit, denn die Zölle betreffen die ganze Schweiz und nicht nur den Kanton Zürich, auch dass wir den Staatsapparat ein bisschen eindämmen. Sie wissen alle, dass die Zahl der Angestellten wächst und wächst. Also hier haben wir einen Hebel.

Ich wollte die Diskussion über die Steuerdebatte nicht verlängern, aber jetzt noch zum Schreiner in Embrach: Der Schreiner in Embrach schreinert eben auch für die Grosskonzern. Und wenn diese dann weg und irgendwo sind, weil ihnen die Steuern zu hoch sind, dann kann dieser Schreiner in Embrach eben auch nicht mehr für diese Firmen schreinern, das fehlt dann. Es ist so, dass die hiesigen Grossfirmen profitieren werden, aber sie vergeben in der Wertschöpfungskette wertvolle Aufträge an die KMU. Und das Ganze hängt ja irgendwie zusammen, und deshalb werden wir sehen, was am 18. Mai rauskommt. Aber ein Ja ist wichtig für den Standort «Kanton Zürich». Danke.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Irgendwie habe ich das Gefühl, im falschen Film zu sein. Die Linken und die Grünen scheinen die Retter der Wirtschaft sein zu wollen und beklagen sich darüber, dass die Trumpsche Regierung unzuverlässig sein soll. Gleichzeitig kommen sie und sagen, die EU sei zuverlässig. Wir wissen alle, dass die EU einen Unterwerfungsvertrag will. Die USA machen das einfach über Zölle, das ist doch im Grundsatz ein und dasselbe. Und übrigens, das Pamphlet des Grünen-Sprechers könnte ein Abklatsch des Büchleins des Marxismus oder Kommunismus gewesen sein (*Unruhe im Saal*). Und dass die GLP stolz darauf ist, diese Interpellation mitunterzeichnet zu haben, ist fadenscheinig. Es zeigt mir, dass ich recht habe, wenn solche Reaktionen kommen. Helft mit, dass unsere Wirtschaft die besten Rahmenbedingungen bekommt. Die SP und die Grünen stellen sich mit ihrer Ideologie, zusammen mit der EVP, genau gegen wirtschaftsfreundliche Massnahmen wie die STAF 2 (*Steuerreform und AHV-*

Finanzierung, 2. Schritt). Wer es noch nicht gemerkt hat: Unsere Zürcher Wirtschaft – und auch die nationale – wandert in andere, wirtschaftsfreundlichere Kantone oder ins Ausland ab. Oder was noch schlimmer ist: Die Wirtschaft schliesst die Tore, denn es ist nicht mehr bezahlbar. Es war ja nett, diese Interpellation aus Empörung zu stellen, mehr als Rauch war es aber auch nicht. Dankeschön.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Bei den Kindern gab es jeweils ein lustiges Spiel, da fragte man sie: «Was möchtest du lieber für ein Stück Kuchen, einen Zwanzigstel von einem Kuchen oder lieber einen Fünftel von einem Kuchen?» Und dann sagten sie natürlich: «Ja, zwanzig ist mehr, ich will einen Zwanzigstel.» Das kommt mir in den Sinn, wenn ich dem Kollegen Markus Bopp zugehört habe. Wenn er die Zahlen einmal in die Relation setzt, dann ist es so, dass Deutschland 1,2 Prozent seines Bruttoinlandprodukts in die Schweiz exportiert. Die Schweiz exportiert aber fünfmal mehr ihres Bruttoinlandprodukts nach Deutschland. Die Schweiz ist also fünfmal mehr darauf angewiesen, dass es einen Exportpartner wie Deutschland hat. Sie können das nicht in absoluten Zahlen messen, sondern Sie müssen es immer in Relation setzen.

Wenn man bei dieser Diskussion irgendetwas Gutes finden will, was Trump angerichtet hat – es ist ja eine Katastrophe, das wissen wir alle, auch nur schon, wenn wir auf unsere Pensionskassengelder schauen –, dann kann es einzig und allein die Tatsache sein, dass wir merken, wo unsere wichtigen Partner wirklich sitzen. Denn Verbündete gibt es keine für die Schweiz, sondern es gibt nur Personen mit gleichen Interessen. Und die Personen, die die ähnlichsten und gleichen Interessen wie die Schweiz haben, sind nun einmal in unserem unmittelbarsten Umfeld; das ist Deutschland und das ist die Europäische Union.

Christian Müller (FDP, Steinmaur): Gerne fasse ich hier diese Diskussion kurz zusammen (*Heiterkeit*).

Bezeichnend ist das Votum von Thomas Forrer, «Wir erwarten...». Mit anderen Worten: Die Regierung soll es doch richten. Kein Wort der Grünen zur Unterstützung der Firmen, was die Grünen hier zu unternehmen gedenken, genauso wie die SP, ausser vielleicht die Flucht in die EU. Vielleicht sollte sich die GLP weniger darüber freuen, den Vorstoss mit den Linken zusammen eingereicht zu haben. Donato Scognamiglio hat recht, die Kollateralschäden sind gross. Jedoch schätzt er die positive Wirkung der Steuervorlage komplett falsch ein. Die Steuervorlage ist nicht für ausländische Aktionäre, wie es die linke Seite immer wieder propagiert, sondern hauptsächlich für unsere inländischen KMU. Deshalb, liebe Linke, rafft euch doch noch zu einem schnellen Ja zu dieser Steuervorlage auf. Das wäre ein starkes Signal für unsere Unternehmen (*Heiterkeit auf der linken Seite*).

Unterstützt doch daneben in Zukunft die neuen Freihandelsabkommen mit möglichst vielen verlässlichen Partnern, eine Beschränkung auf die EU ist und bleibt ein Klumpenrisiko. Und neben den steuerlichen Bedingungen brauchen wir natürlich auch eine starke Deregulierung, Abbau von bürokratischen Hürden und

eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes. Da können wir die Unterstützung von der linken Ratsseite brauchen. Träumen ist ja erlaubt.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Das sozialistische Statement des Fraktionspräsidenten der Grünen (*Thomas Forrer*) hat mich jetzt wirklich provoziert. Das ist Sozialismus pur (*Unruhe im Saal*), was du heute gesagt hast. Ich arbeite seit 30 Jahren – das ist vielleicht ein kleiner Unterschied zu den meisten auf eurer Seite – eng mit dem Ausland und speziell mit der EU zusammen. Da es noch überhaupt nicht klar ist, ob Zölle seitens der USA definitiv erhoben werden, muss ganz sicher nicht der Kanton Zürich beziehungsweise der Regierungsrat alles unternehmen und den Lead übernehmen. Nein, das ist Sache der betroffenen Unternehmen, und das nennt sich «Unternehmertum» oder, anders gesagt, «Eigenverantwortung». Ich weiss, es wissen bei den linken Parteien nur ganz wenige Bescheid zu diesem Thema, deshalb dein Votum, dass alles der Staat regeln muss.

Noch ein Input zur EU-Hörigkeit der meisten Parteien: Die aktuell wieder einmal überall hochgelobte EU hat eine gemeinsame Währung, den Euro. Diese tolle Währung hat aber ein grosses, ein wirklich grosses Problem: Sie verliert laufend an Wert. Das ist aktuell das wirkliche Problem der Schweizer Exportwirtschaft, nämlich, dass der Euro fast nur noch in eine Richtung geht: runter. Und aus irgendeinem Grund ist das so. Das liegt daran, dass sich die EU seit Jahren – und es wird noch schlimmer werden, da können Sie sicher sein – wirtschaftlich schlechter entwickelt als beispielsweise die Schweiz. Und unterdessen haben die meisten Länder mehr Mühe, eine Regierung zu bilden, als es für das Vertrauen der Bevölkerung und der Wirtschaft im Allgemeinen gut ist. Auch das ist Fakt und auch da gibt es kein Vertrauen in eine schwache Währung. Der Euro ist das Problem der Exportwirtschaft, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Thema «Steuervorlage»: Es ist wirklich eine bedenklich faktenfreie Behauptung, die heute wieder einmal mehrmals gesagt wurde, dass von einer Steuersenkung nur Grosskonzerne profitieren. Ich gehe davon aus, dass auch die Gegner die Grundschule besucht haben. Beispiele: Eine kleine Firma, die 10'000 oder 50'000 Franken Gewinn erwirtschaftet, würde logischerweise – ab circa der vierten Klasse werden Aufgaben mit diesen Zahlen gemacht – weniger Steuern zahlen, wenn der Prozentsatz gekürzt wird. Alle, die Gewinne erwirtschaften, profitieren – alle, nicht nur die Grosskonzerne. Nehmen Sie das zur Kenntnis und hören Sie auf, immer diese Unwahrheiten zu behaupten. Und mir als Unternehmer ist es ganz neu, dass es nicht das Ziel ist, am Ende eines Jahres einen Gewinn zu haben. Das ist das Ziel. Sie reden immer von denen, die keinen Gewinn haben. Dann hätten wir ja gar keine Steuereinnahmen, wenn wir gar keinen Gewinn haben. Vielen Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal: Wir reden von steuerbaren Gewinnen, nicht von Unternehmensgewinnen, wenn es um die Unternehmenssteuer geht. Und ich muss sagen, diese Diskussion ist schon ein bisschen erstaunlich. Ich habe mich eigentlich sehr gefreut über die Voten. Ich bin auch

dankbar für die Voten von Dieter Kläy und Markus Bopp. Das waren die einzigen zwei auf der rechten Seite, die mehr oder weniger ideologiefrei über die Sache gesprochen haben. Die anderen haben leider diese Diskussion hier missbraucht, um a) ein Problem herunterzuschwatzen, Tobias Weidmann. Es scheint mir angesichts der Situation, in der wir gerade stehen, doch ein bisschen bedenklich, so zu tun, als gäbe es gar kein Problem. Ich muss sagen, das ist ziemlich schwach. Dann hatten andere, wie Mario Senn, ein Problem mit dem Absender. Es tut mir leid, auch die Grünen interessieren sich dafür, wie es unserem Kanton geht, auch die Grünen interessieren sich dafür, wie es der Wirtschaft im Kanton Zürich geht. Reiben Sie sich nur die Augen, Herr Senn. Es ist uns wichtig, wir alle sind Teil dieser Wirtschaft, nicht nur die Handelskammer und die FDP.

Schliesslich missbrauchen Sie diese Debatte für einen Abstimmungskampf. Auch das zeigt, wie ernst Sie es nehmen. Ich fordere Sie nochmals dazu auf und ich erwarte diese Ernsthaftigkeit auch von Ihnen in gewissen zentralen Fragen, die uns alle betreffen: Entweder hat man ein Unternehmen, man ist Inhaberin, Inhaber und deshalb daran interessiert, wie es in der nächsten Zeit weitergeht. Dafür braucht man Planungssicherheit. Oder man ist Arbeitnehmerin, Arbeitnehmer und hat auch ein Interesse daran, wie es dem Unternehmen geht. Ich rate Ihnen deshalb, auf beiden Seiten zusammenzuarbeiten und das Parteiprogramm ein bisschen – und das merken Sie auch an uns – links liegen zu lassen und zuzusehen, wie es diesem Kanton, unserer Wirtschaft in der gegenwärtigen Zeit geht.

Ganz schwach, und das muss ich wirklich sagen, waren die Voten von Herrn Burtcher und Herrn Suter. Sie haben noch nie eine sozialistische Schrift in der Hand gehabt, sonst würden Sie diese Voten hier nicht als Sozialismus bezeichnen. Das zeigt einfach, dass Sie null Ahnung von der Ideologie haben, von der Sie reden, lassen Sie es doch besser sein. Es ist auch reine Augenwischerei, zu sagen, der Kanton Zürich hätte keinen Einfluss in Bern. Glauben Sie wirklich, der wirtschaftsstärkste Kanton hätte in Wirtschaftsfragen beim Bundesrat und beim SECO (*Staatssekretariat für Wirtschaft*) nichts zu melden, nichts zu sagen? Glauben Sie das wirklich? Dann reden Sie die Dinge herunter. Ich bin ganz überzeugt davon, dass Frau Carmen Walker Späh und der Zürcher Regierungsrat eine ganz gewichtige Stimme haben, und die muss nicht einfach direkt institutionalisiert sein. Da gibt es ganz verschiedene Kanäle, die man für die Interessen, die Wirtschaftsinteressen des Kantons Zürich in Bern nutzen kann. Und ich bin sehr überzeugt, dass Frau Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh das auch tun wird, und ich danke ihr dafür.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Seit dem 5. April gilt ein pauschaler Zusatzzoll von 10 Prozent auf alle Importe aus allen Ländern, mit Ausnahme von bestimmten Produkten, in die USA. Es gibt hier keinen Spezialfall «Schweiz». Von diesen Zöllen ist also auch die Schweizer Exportindustrie mit ihren Produkten wie Maschinen, Uhren, Käse und so weiter betroffen. Für die Exporte der chemischen und pharmazeutischen Industrie und für bestimmte Edelmetalle sind gegenwärtig keine Zusatzzölle vorgesehen. Wir werden sehen, wie es weitergeht.

«US-Zölle und EU-Bürokratie», so könnte man diese heuchlerische, dringliche Interpellation der linken Seite zusammenfassen. Ich gebe Ihnen unsere Antwort, unsere Antwort heisst: Das Schweizer Erfolgsmodell stärken. Die Schweiz muss die Wirtschaft entlasten und die eigenen Regulierungskosten senken. Jammern und Schimpfen hilft nichts. Der amerikanische Präsident Donald Trump setzt seine Wahlversprechen um, das hat er angekündigt, das macht er. Wir sollten unsere Wahlversprechen auch umsetzen. Er hat massive Zölle im Aussenhandel angekündigt, und jetzt stehen sie vor der Tür. Die Schweiz wird politisch bestraft, weil wir erfolgreich sind. Weil die Schweiz ein unabhängiger, neutraler Staat mit einer direkten Demokratie ist, haben wir ein besseres Staatssystem als die EU. Bei uns hat die Bevölkerung das letzte Wort.

Wirtschaftlich: Die Schweiz ist ein wirtschaftsliberaler Staat, wir haben weniger Bürokratie als die EU, wir haben noch tiefere Steuern als vergleichbare Staaten. Die Schweiz hat im Jahre 2024 sämtliche Industriezölle abgeschafft. Wir haben einen liberalen Arbeitsmarkt, auch wenn unsere Gewerkschaften versuchen, dieses Erfolgsmodell zu zerstören. Der amerikanische Zollentscheid ist ein neues Hindernis für die Schweizer Wirtschaft, das stimmt. Unsere Unternehmen leiden auch unter der EU-Regulierungswut, das dürfen Sie nicht vergessen. Diese treiben, genauso wie Schutzzölle, die Kosten in die Höhe und schaden der Wettbewerbsfähigkeit. Das Dümme wäre, wir binden uns aus lauter Hysterie an die Krisen-EU, wie das EU-Beitrittsbefürworter und gewisse Wirtschaftsverbände wollen. Denn die USA werfen unserem Land schon jetzt vor, dass wir mit der Übernahme von EU-Regulierungen indirekte Handelshemmnisse aufgebaut haben, namentlich in den Bereichen «Umwelt» und «Lebensmittel». Darum wird die Schweiz mit reziproken Zöllen bestraft, weil wir EU-Regulatorien übernommen haben, also nicht, weil wir eigenständig gehandelt haben.

Sie sehen also: Die SP-Planwirtschaft ist zum Scheitern verurteilt. Sie ist auch weder agil noch flexibel, und darum dürfen wir nicht mitmachen. Mit den USA und dem POTUS, dem Präsidenten der United States, können wir verhandeln und einen Deal machen. Mit der EU und mit Frau Ursula von der Leyen (*Präsidentin der EU-Kommission*) ist dies weder kurzfristig noch langfristig möglich. Da gibt es keinen Deal, das wissen Sie. Darum dürfen wir uns auch nicht dem geplanten EU-Unterwerfungsvertrag unterwerfen. Wir dürfen unser Land nicht anbinden und alles noch schlimmer machen. Wir müssen also eigenständig denken, unsere Antwort muss sein: Die Schweiz muss ihre Stärken weiter ausbauen, und wir müssen besser sein als die anderen. Und das können wir nur, wenn wir eigenständig sind.

Ich denke, Sie müssen sich zurückbesinnen. Wir haben eine gute bilaterale Handelsbilanz mit der EU und auch mit den USA und wir müssen daran arbeiten, dass diese gleich gut bleibt. Wir haben es in der Hand und nicht irgendeine Regierung, die jetzt für den Deal Zölle erhebt. Ich danke Ihnen also, wenn wir zurückkommen und für unser Land schauen und für unseren Kanton Zürich.

Mario Senn (FDP, Adliswil) spricht zum zweiten Mal: Der Fraktionspräsident der Grünen beklagt sich, dass diese Debatte jetzt völlig ideologisch geführt werde, und selbstverständlich habe nur er nicht ideologisch argumentiert. Wir nehmen das so zur Kenntnis. Wir freuen uns auch über das Interesse der Grünen für das Wohlergehen der Wirtschaft. Ja, selbstverständlich, Wohlstand ist nicht selbstverständlich. Aber immer, wenn es darum geht, den Standort zu stärken, stehen Sie, es tut mir leid, auf der falschen Seite, beispielsweise beim Flughafen. Wichtig wären Direktflüge. Wir haben bald die Nachtruhe-Initiative (*Flughafen-Nachtruhe-Initiative*), die wir noch intensiv behandeln werden. Ich meine, Direktflüge nach Hongkong, Johannesburg, São Paulo – das wären Wachstumsmärkte, bei denen wir diversifizieren könnten – wären gefährdet.

Zum Thema Freihandel: Freihandelsabkommen, die Sie regelmässig ablehnen und zu denen Sie einfach sagen, wir müssten schauen, dass es mit der EU funktioniert, reichen eben nicht, weil ja die Produkte in der EU dann nicht plötzlich dort bleiben, sondern die gehen meistens weiter. Die Wirtschaft ist stärker vernetzt und es gibt dennoch ein Problem, wenn wir einfach Vorleistungen machen können in die EU und dann nicht weiter. Deshalb brauchen wir direkte Freihandelsabkommen auch über die EU hinaus.

Und dann natürlich auch bei den Steuern: Da gibt es international, genauso wie bei den Zollfragen, eine erhebliche Dynamik. Die Standortattraktivitätsfaktoren ändern sich, der Wettbewerb wird intensiver, und dann braucht es auch Agilität beim Kanton Zürich. Und da hätten wir jetzt am 18. Mai die Chance, uns etwas besser zu positionieren.

Ratspräsident Jürg Sulser: Der Interpellant hat seine Erklärung zur Antwort des Regierungsrates abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.